

zeitung gegen den krieg

Nr. 55 Winter 2023 Sonderausgabe

**BERLIN
25.11.2023
DEMONSTRATION**

**NEIN ZU
KRIEGEN
RÜSTUNGS-
WAHNSINN
STOPPEN**

**Alle auf die Straße –
der Frieden verlangt nach uns**

Reiner Braun

Haben wir nicht alle immer öfter das Gefühl, dass die Welt aus den Fugen gerät und wir hilflos daneben stehen? Ja, wir haben die wohl zugespitzteste internationale Lage seit 1945 und die Gefahr der Eskalation zu einem großen – alles vernichtenden – Krieg ist nicht auszuschließen.

Aber müssen wir tatenlos zusehen? Bleibt es nicht richtig, was Bertold Brecht, Anna Seghers, Christa Wolf und viele andere in ganz unterschiedlichen, wunderbaren literarischen Formen immer wieder geschrieben und gesagt haben? Menschen machen Geschichte! Geschichte wird von Menschen gemacht, und zwar dann, wenn sie sich aktiv einmischen, wenn sie erkennen, dass sie sich einmischen und wehren müssen.

Das ist gegen den Zeitgeist des Zuschauens, des ohnmächtigen Rückzugs, des zur Kenntnisnehmens, der Diffamierungen und Fake News, aber es ist die zentrale Herausforderung angesichts von Krieg und sozialen Katastrophen.

Heute gilt mehr denn je der Spruch aus früheren Zeiten: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“ Deshalb rufen wir auf zur bundesweiten Friedensdemonstration „Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten“ am 25.11.2023. Jede und jeder ehrlichen Herzens für den Frieden ist willkommen.

Vier Gründe für unseren Protest

Diese bundesweite Demonstration muss verschiedene Entwicklungen verbinden und stärken:

Erstens: Der Druck für Waffenstillstand und Verhandlungen im Ukrainekrieg muss erhöht und eigene diplomatische Anstrengungen der Bundesregierung sind erforderlich. Waffenlieferungen und Sanktionen müssen beendet werden.

Zweitens: Die wahnwitzige Aufrüstungspolitik ist zu stoppen. Deutschland will im nächsten Jahr 85,5 Milliarden für Rüstung ausgeben und gleichzeitig alle Etatposten für Soziales, Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Umwelt teilweise bis zu 30% kürzen. Eine Streichorgie sondergleichen zugunsten einer Kriegs- und Hochrüstungspolitik, die immer mehr Menschen in den Abgrund reißt.

Drittens: Deutschland kommt durch seine Geschichte eine besondere Bedeutung zu, für die Friedensordnung einzustehen, die derzeit aus dem allgemeinen Bewusstsein gelöscht werden soll. Bis zu 50 % der Bevölkerung lehnen dennoch konstant die Waffenlieferungen in die Ukraine ab. Das ärgert nicht nur Pistorius, der eine gesamtgesellschaftliche Militarisierung verlangt. Eine große Friedensdemonstration ist auch die notwendige Antwort auf seine Rhetorik, dass wir wieder kriegsfähig sein müssten. Nein, wir müssen mehr friedensfähig werden – nach innen und außen.

Viertens: Im neuen Nahostkrieg braucht es statt Waffenlieferungen und Doppelmoral eine aktive humanitäre und politische Unterstützung für ein sofortiges Ende des Krieges und eine politische Lösung, die Gerechtigkeit für alle bringt. Die deutsche Politik sollte eine Initiative für eine Konferenz aller Staaten der gesamten Region (und der Zivilgesellschaften) für einen Friedensprozess nach dem Vorbild der Helsinki Konferenz 1975 – einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten – aktiv unterstützen.

Die Welt(un)ordnung im Umbruch

Strategisch sind die Herausforderungen für den Frieden verbunden mit der geopolitischen Herausforderung: Wo steht Deutschland im Ringen um die neue Weltordnung, als Vasall unter der Knute der USA oder unabhängig als Mitgestalter einer multilateralen Weltordnung, die sich dem Grundgedanken der globalen Gerechtigkeit verbunden fühlt. Die

aktuell schlechteste Regierung und Opposition in der Geschichte unseres Landes ruiniert uns auf allen Ebenen durch die Vasallentreue gegenüber den USA: politisch, ökonomisch, sozial, ökologisch und moralisch.

Eine Politik, die bereits durch die antikolonialen Allianzen im globalen Süden nicht nur in eine Sackgasse geraten ist. Wir wollen die Alternative: Frieden, Demokratie, gemeinsame Sicherheit, gerechter Welthandel.

Das ist der strategische Hintergrund dieser bundesweiten Demonstration als Element einer längerfristigen Auseinandersetzung, in der wir gemeinsam mit dem globalen Süden, den BRICSPlus-Staaten, also der großen Mehrheit der Menschen und ihrer Regierungen agieren. Europa hat in dem unsinnigen Kampf um die Aufrechterhaltung der schwindenden Hegemonie der USA bereits massiv an internationalem Ansehen und Einfluss verloren. Wir haben viel zu gewinnen, wenn sich die EU aus dieser verhängnisvollen Bindung löst.

Aktiv für den Frieden ist internationale Solidarität

Große Teile der Bevölkerung in den EU-Ländern stehen nicht hinter der Kriegspolitik ihrer Regierungen. Isoliert in den einzelnen Ländern wird es niemandem gelingen, dieses EU-Kriegsbündnis zu brechen – gemeinsam können wir es schaffen! Alle, die mit uns gegen den Rüstungswahnsinn und seine dramatischen Folgen demonstrieren wollen, sind herzlich willkommen. Stoppt die weltweite Aufrüstung, stoppt die mehr als 2 Billionen, die jedes Jahr dringend benötigten sozialen Maßnahmen entzogen und für Krieg und Zerstörung ausgegeben werden. Deshalb ist diese Demonstration wie auch die Friedenskonferenz in Wien für einen Waffenstillstand in der Ukraine international und global politisch so wichtig. Wir müssen uns international viel stärker vernetzen und unsere gemeinsamen Interessen erkennen. Traditionelle internationale Organisationen wie das Internationale

Friedensbüro und neue Initiativen müssen enger und effektiver zusammenarbeiten.

Brücken bauen als Friedensbewegung Aufeinander zugehen und Gräben überwinden – das ist die Herausforderung in einer auch gesellschaftlich zugespitzten Situation. Die Friedensbewegung ist nicht zwingend politisch links, aber Linke sind unverzichtbar für eine starke Friedensbewegung.

Wir brauchen, um den Kriegstreibern der gesellschaftlichen Eliten, von Pistorius bis Baerbock (beide Namen stehen symbolisch für die Kriegspolitik der Eliten) in den Arm zu fallen, viele und unterschiedliche gesellschaftlichen Kräfte:

- die Gewerkschaften, die hoffentlich mehr und mehr ihre Stillhaltepolitik überwinden;
- die politisch denkenden Sozialdemokraten;
- die Wertkonservativen, die erst kürzlich für den Frieden aktiv geworden sind, u.a. aus der Grundrechtebewegung;
- die Grünen, die sich ihrer Tradition seit Petra Kelly erinnern, die Umweltaktivisten, die nicht vergessen haben dass Kriege die größte Zerstörung der Natur und des Menschen sind;
- wir brauchen alle, die sich frustriert zurückgezogen haben, die Enttäuschten und Entmutigten, natürlich auch Dich – Leserin oder Leser dieses Artikels.

Linker Streit und Ausgrenzung müssen zugunsten von Solidarität überwunden werden. Uns verbindet mehr als uns trennt.

Klare Aussagen sind auch klare Absagen

Die klarsten Aussagen gegen Militarismus und für Abrüstung sind auch die besten Absagen an alle rechtsextremen Parteien, die eng mit nationalistischem Militarismus und Aufrüstung verbunden sind. Wir brauchen überall eine neue Atmosphäre des Friedens, der Zusammenarbeit und der Verständigung. Ein Europa des Friedens muss unser gemeinsames Ziel sein und es muss Russland – bei aller berechtigten Kritik an der russischen Politik – von Anfang an mit einbeziehen. Ein Europa des Friedens ohne Russland ist undenkbar und widerspricht den Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit, wie sie in den 70er und 80er Jahren von Willy Brandt und Olof Palme formuliert wurden.

Es gibt für mich noch einen wichtigen Punkt, den wir immer wieder ansprechen müssen: die neuen Atomwaffen der USA in Europa und die nukleare Teilhabe der Bundeswehr. Es bleibt richtig: Entweder wir schaffen die Atomwaffen ab, oder sie werden eines Tages die Menschheit abschaffen. Die Atomuhr steht auf 90 Sekunden vor 12!!!

Frieden verlangt mehr Engagement

Lasst uns diese Demonstration zu einem Erfolg machen, lasst uns den Kriegstreibern und Sozialkürzern im Parlament ein klares Signal geben: Nicht mehr mit uns!

Es bleibt, alles zu tun, um Verhandlungen und Waffenstillstand in der Ukraine und im Nahen Osten zu erreichen und die Bundesregierung von ihrem Kriegskurs abzubringen – schwer, aber notwendig, um eine Dynamik zu noch Schrecklicherem zu verhindern.

Der nächste Schritt ist immer der wichtigste: Kommt und macht mit am 25.11.2023. Wir können ein unübersehbares Zeichen für den Frieden setzen. Kein Engagement ist umsonst. Es ist das weiche Wasser der vielen, das den Stein bricht. Wir wissen: „Frieden ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Frieden“ (Willy Brandt)

Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten

21 Kriege und 216 bewaffnete militärische Auseinandersetzungen bedrohen aktuell die Welt (Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung HIIK). Die Gefahr einer Ausweitung des Krieges in der Ukraine bis hin zu einem Atomkrieg wächst von Tag zu Tag. Täglich sterben unschuldige Menschen. Wir sind besorgt um unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Wir brauchen eine Kultur des Friedens und eine gemeinsame Sicherheit.

Anstatt auf Deeskalation und Diplomatie zu setzen, liefert die Bundesregierung immer mehr Waffen und rüstet massiv auf. Große Teile der Politik und Medien militarisieren die Gesellschaft. Erstmals wird Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel (nach NATO-Kriterien) erreichen. Mit 85,5 Milliarden Euro sind die Militärausgaben 2024 die größten seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Gesundheitswesen, die Infrastruktur, Unterstützung für Kinder und bezahlbare Mieten, Bildung, Wissenschaft und Ausbildung sind dagegen durch dramatische Mittelkürzungen bedroht. Für immer mehr Menschen zeichnet sich eine soziale und ökonomische Katastrophe ab.

Dazu tragen in erheblichem Maße auch die Sanktionen gegen Russland bei, die die Menschen im globalen Süden, in Europa und in Deutschland treffen: Inflation, gestiegene Energie- und Lebensmittelpreise sowie Reallohnverlust treffen die Bevölkerungen, vor allem deren ärmere Teile, und gefährden die industrielle Entwicklung auch in unserem Land. Im globalen Süden drohen Hungerkrisen, weil Getreide, Mais, Pflanzenöl und Düngemittel nicht mehr ankommen und die Preise

Impressum

Redaktion Reiner Braun und Karl-Hein Peil, mit Unterstützung von Joachim Römer, Heino Berg (V.i.S.d.P.)

Beirat wird neu gebildet – nähere Informationen in der nächsten ZgK-Ausgabe. Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter Stuttgart · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensrat · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (Partei-Vorstand).

Gestaltung & Layout Joachim Römer Köln
Redaktions- & Vertriebsadressen
Postanschrift International Peace Büro – IPB · Marienstr. 19/20 · 10117 Berlin
E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de
Tel. 0 30 - 12 08 45 49 (Büro IPB)

Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten: bei Bestellungen von 1 – 99 Ex.: 12 Cent je Ex. ab 100 Ex.: 9 Cent je Ex. Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. Mindestbestellmenge: 10 Exemplare

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.
Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66
BIC WELADED1PMB
ISSN 1611-2881



se massiv gestiegen sind.

Es ist höchste Zeit für eine Friedenspolitik in der Ukraine, in Europa und weltweit. Im Vorfeld des Krieges in der Ukraine wurden Warnungen ignoriert und Lehren zur Kriegsvermeidung missachtet. Wir müssen die Rutschbahn in Richtung 3. Weltkrieg und in ein soziales, ökonomisches und ökologisches Desaster stoppen. „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ (Willy Brandt) Nur im Frieden und nur durch gemeinsame globale Anstrengungen sind soziale Entwicklung, Schutz von Klima und Natur und eine lebenswerte Zukunft für alle möglich.

Wir verurteilen den russischen Einmarsch vom 24.2.2022 in die Ukraine. Ebenso verurteilen wir auch die vorangegangenen Vertragsbrüche und nicht eingehaltenen Zusagen der NATO-Staaten.

Die ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Ein Waffenstillstand und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges statt einer weiteren Eskalation sind in ihrem Interesse. Das Töten und Blutvergießen und die Zerstörung des Landes und der Umwelt müssen umgehend gestoppt werden. Verhandlungslösungen und Pläne liegen auf dem Tisch. Verhandeln heißt nicht kapitulieren, sondern Lösungen für komplizierte Herausforderungen finden!

Wir fordern von der Bundesregierung ein Ende der ungehemmten Aufrüstung sowie eine sofortige Vermittlung für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Sie muss eigene diplomatische Initiativen entwickeln und bestehende

Friedensvorschläge unterstützen – besonders die des globalen Südens.

Es gibt keinen Grund, sich von der Entspannungspolitik zu distanzieren. Das Versagen liegt vielmehr darin, dass sie 1990 nicht zur Leitidee des neuen Europas weiterentwickelt wurde. Wir treten ein für eine neue Entspannungspolitik und für Rüstungskontrolle und Abrüstung.

- Die Waffen müssen schweigen. Verhandlungen und Diplomatie sind das Gebot der Stunde.
- Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie.
- Abrüstung! Ausgaben für das Militär senken, Milliarden in soziale Ausgaben investieren.

Wir wollen eine soziale, ökologische und demokratische Bundesrepublik Deutschland als Teil einer gerechten Weltordnung ohne Krieg, Hunger und Ausbeutung.

Es ist Zeit, dass wir Bürgerinnen und Bürger uns wieder stärker in die politischen Auseinandersetzungen einmischen. Deshalb rufen wir auf, am 25.11 – am Samstag vor der Verabschiedung des Bundeshaushaltes – gemeinsam für Frieden und Abrüstung, Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine und Friedensverhandlungen zu demonstrieren.

Initiiert von der Initiative „Nein zum Krieg – Die Waffen nieder!“:
Yusuf As · Reiner Braun · Wiebke Diehl · Andreas Grünwald · Claudia Haydt · Rita Heinrich · Jutta Kausch-Henken · Ralf Krämer · Willi van Ooyen · Christof Ostheimer · Hanna Rothe · Peter Wahl



Aktions-Website
„Nie-wieder-Krieg.org“

weltweite Abrüstung e.V. · Dr. Gregor Gysi Berlin, Mitglied des Bundestags Die LINKE · Rita Hagemann Mannheim · Norbert Heckl Stuttgart, stellv. Vorsitzender ver.di Stuttgart · Barbara Heller Bremen, Bremer Friedensforum · Hans-Jürgen Hinzer Frankfurt/M., ehem. Gewerkschaftssekretär NGG · Manfred Hinzer Nürnberg, ehem. Betriebsratsvorsitzender Datev · Elisabeth Hinzer Nürnberg, ehem. Betriebsrätin · Prof. Dr. Martin Höpner Köln, Politikwissenschaftler · Andrej Hunko Aachen, Mitglied des Bundestags · Otto Jäckel Wiesbaden, Rechtsanwalt, IALANA · Matthias Jochheim Frankfurt/Main, IPPNW Frankfurt · Dr. Margot Käßmann Hannover, ehem. Ratsvorsitzende der EKD · Kerstin Kaiser Strausberg, Slawistin, Die LINKE · Alexander King Berlin, Mitglied Abgeordnetenhaus Berlin · Christa Knaub Hannover, ehem. Vorsitzende Richterin Landesarbeitsgericht Niedersachsen · Monika Koops Hamburg, AK Frieden ver.di Hamburg · Detlef Kunkel Braunschweig, ehem. 1. Bevollmächtigter IG Metall Braunschweig · Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz Köln, Journalistin · Gottfried Krupp Berlin, ver.di Berlin-Brandenburg · Oskar Lafontaine Merzig, ehem. Mitglied des Bundestags · Richard Lauenstein Lehrte, Diplompädagoge, ehem. Gewerkschaftssekretär · Ekkehard Lentz Bremen, Bremer Friedensforum · Christian Leye Duisburg, Mitglied des Bundestags · Dr. Marianne Linke Stralsund, Agrarmeteorologin · Prof. Dr. Birgit Mahnkopf Berlin, Sozialwissenschaftlerin · Georgios Margaritis Wuppertal, ver.di Rhein Wupper · Herbert Markus Maisach, Eine-Welt-Zentrum · Prof. Dr. Rainer Mausfeld Kiel, Hochschul-lehrer · Hartmut Meine Hannover, ehem. Bezirksleiter Niedersachsen und Sachsen-Anhalt IG Metall · Ilona Meyer Hamburg, ver.di Senioren Hamburg · Ulrich Meyer Hamburg, ver.di Senioren Hamburg · Dominik Mikhalkewich Brandenburg, Bündnis Frieden Brandenburg · Pablo Miró Berlin, argentinisch deutscher Songwriter · Dr. Hans Misselwitz Berlin, Staatssekretär a.D. · Ruth Misselwitz Berlin, Pfarrerin · Amira Mohamed Ali Oldenburg, Mitglied des Bundestags · Žaklin Nastić Hamburg, Mitglied des Bundestags · Julia Neigel Ludwigshafen, Musikerin, Sängerin · Kathrin Otte Amelinghausen, Was tun?! Ko-Kreis · Prof. Dr. Norman Paech Hamburg, Prof. i.R. für öffentliches Recht Uni Hamburg, ehem. Mitglied des Bundestags · Dr. Artur Pech Schöneiche, Ältestenrat DIE LINKE · Sören Pellmann Leipzig, Mitglied des Bundestags Die LINKE · Mehmet Perişan Köln, Betriebsrat Hochtief Infrastructure · Burhan Perişan Köln, Betriebsrat · Jürgen Peters Offenbach, ehem. 1. Vorsitzender IG Metall · Klaus Pickshaus Frankfurt/Main, ehem. Gewerkschaftssekretär IG Metall · Christiane Reymann Berlin, Publizistin · Anne Rieger, Graz, ehem. Bevollmächtigte IG Metall · Rainer Rilling Marburg, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler · Heinrich Röder · Wiltrud Rösch-Metzler Stuttgart, Pax Christi · Jürgen Rose München, Oberstleutnant a. D., Darmstädter Signal · Prof. Dr. Werner Ruf Edermünde, Politikwissenschaftler · Jens Schäfer Hannover, Betriebsratsvorsitzender Hannover IG Metall · Hannelore Schmitthener-Bopp Niederrhausen, ehem. Betriebsratsmitglied IG Metall · Horst Schmitthener Niederrhausen, ehem. Vorstandsmitglied IG Metall · Joachim Schubert Mannheim, ehem. Betriebsrat · Roland Schuster Mannheim, ehem. Betriebsrat IG Metall · Helga Schwitzer Hannover, ehem. Vorstandsmitglied IG Metall · Prof. Dr. Franz Segbers Konstanz, Prof. i.R. für Sozial-ethik Uni Marburg · Werner Siebler Freiburg, Vorsitzender DGB Stadtverband Freiburg · Ekkehard Sieker Köln, Wissenschaftsjournalist · Peter Sörgel Bremen, ehem. Betriebsratsvorsitzender, ehem. Mitglied Bremische Bürgerschaft · Ingar Soltby Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung · Dr. Joachim Spangenberg Köln, Biologe/Ökonom · Eva Stassek Braunschweig, ehem. Bevollmächtigte IG Metall Braunschweig · Paul Steinhart Wiesbaden, Geschäftsführer „Makroskop“ · Prof. Dr. Wolfgang Streeck Köln, Sozialwissenschaftler · Haydar Toktaş Düsseldorf, Betriebsrat DLG · Ceyda Tutan Ulm, Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V. · Manfred Ullrich Dortmund, ehem. Gewerkschaftssekretär · Gerald Unger Ludwigshafen, DIE LINKE Ludwigshafen · Dr. Michael von der Schulenburg Wien, Diplomat · Hans-Christof von Sponeck Baden-Baden, Diplomat · Hannes Wader Bielefeld, Liedermacher und Musiker · Dr. Sahra Wagenknecht Merzig, Mitglied des Bundestags · Dr. Alexandra Wagner Berlin, Sozialwissenschaftlerin · Heinz Hermann Witte Hannover, ehem. DGB-Vorsitzender Niedersachsen · Ayhan Zeytin Bremen, Betriebsrat ArcelorMittal · Burkhard Zimmermann Berlin, Geschäftsführer · Dirk Zöllner Berlin, Musiker, Sänger

Aufrufende sind:

Friedrich Bernd Albers Emden Betriebsrat IG Metall · Ali Al-Dailami Gießen, Mitglied des Bundestags · Dr. Franz Alt Baden-Baden, ehem. Mitglied der CDU · Michael Altmann Frankfurt/Main, ver.di Hessen · Nick Papak Amoozegar Fulda, Mitglied geschäftsführender Landesvorstand Die LINKE Hessen · Dr. Dietmar Bartsch Rostock, Mitglied des Bundestags Die LINKE · Rolf Becker Hamburg, Schauspieler, ver.di, OVV · Anke Beins ehem. Personalrätin ver.di · Rüdiger Beins ehem. Betriebsrat ver.di · Jochen Berendsohn Hannover, ehem. Betriebsratsvorsitzender ver.di · Norbert Birkwald Mörfelden, VVN-BdA Landessprecher Hessen · Christina Böttcher Hannover, Erzieherin · Manfred Böttcher Hannover, ehem. Gewerkschaftssekretär · Prof. Dr. Ulrich Brand Wien, Sozialwissenschaftler · Britta Brandau Frankfurt/Main, Mitglied ver.di Gewerkschaftsrat · Prof. Dr. Peter Brandt Berlin, Historiker · Dr. Michael Brie Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung · Ulrich Brinkmann Kassel, Sozialwissenschaftler · Klaus Brülls Herzogenrath, ehem. Geschäftsführer DGB Bildungswerk NRW · Dr. Carolin Butterwegge Köln, Sozialwissenschaftlerin · Prof. Dr. Christoph Butterwegge Köln, Sozialwissenschaftler · Hayri Çakır Düsseldorf, Betriebsrat Deutsche Post · Sevim Dağdelen Bochum, Mitglied des Bundestags · Daniela Dahn Berlin, Schriftstellerin · Fabio De Masi Hamburg, Ökonom · Özlem Demirel, Düsseldorf, Mitglied des Europäischen Parlaments Die LINKE · Renan Demirkan Windeck, Schriftstellerin, Schauspielerin · Werner Dreibus Wagenfeld, ehem. Mitglied des Bundestags Die LINKE · Michael Dunst Hannover, ver.di Bildungswerk · Katja Ebstein München, Sängerin · Ulrike Eifler Würzburg, Gewerkschaftssekretärin · Sefariye Ekşi Köln, DİDF Bundesvorsitzende · Michael Frank Hildesheim, ehem. Gewerkschaftssekretär ver.di · Peter Franke Berlin, West-Ost-Gesellschaft · Bruni Freyeseisen Frankfurt/Main, Stadtführerin, Senior:innen AK IG Metall · Prof. Dr. Hajo Funke Berlin, Politikwissenschaftler · Wolfgang Gehrcke Berlin, ehem. Mitglied des Bundestags Die LINKE · Silvia Gingold Kassel, VVN-BdA Hessen · Horst Gobrecht Darmstadt, Gewerkschaftssekretär ver.di · Susanne Gondermann Hamburg, GEW-HV, Vorsitzende BfG Gesamtschulen · Stephan Gorol Berlin, Kulturmanager, Producer · Harri Grünberg Berlin, Aufstehen Trägerkreis e.V. · Joachim Guilliard Heidelberg, Friedensbündnis Heidelberg · Dr. Markus Gunkel Hamburg, Hamburger Forum für Völkerverständigung und



IG Metall zu Frieden und Sicherheit

Auf dem 25. ordentlichen Gewerkschaftstag vom 22. – 26. Oktober 2023 in Frankfurt am Main beschlossener Leitantrag G.001 (Grundsatzantrag: Wo wir stehen. Wohin wir wollen). Auszug aus dem Kap. 2.5: Für eine verantwortliche Politik für Frieden und Sicherheit
Die komplette Fassung ist abrufbar unter: <https://www.igmetall.de/gewerkschaftstag-2023/> oder als PDF unter: <https://friedensratschlag.de/sp>

Unsere friedenspolitischen Debatten über den Krieg Russlands gegen die Ukraine sind von sehr unterschiedlichen Tönen geprägt. Deutlich wurden aber auch unsere geteilten Überzeugungen und Haltungen: Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen können und dürfen kein Mittel zur Konfliktbewältigung sein.

Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik entschieden ab. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss sich im Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung mit allen Mitteln für Frieden einsetzen. Die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Minderheitenschutz sind nicht verhandelbar. [...]

Das sicherheitspolitische Verhalten der westlichen Staatengemeinschaft mag Russlands Führung als Provokation wahrgenommen haben, vor allem die NATO-Osterweiterung wird hierbei angeführt. Dies rechtfertigt in keinem Fall einen Angriffskrieg. Ein nachhaltiger Frieden in und für Europa kann nur gefunden werden, wenn die staatliche Souveränität der Ukraine wiederhergestellt wird. Es braucht daher sowohl vertrauensbildende Maßnahmen als auch glaubhafte und wirksame Sicherheitsgarantien für die Ukraine. Waffenexporte sind restriktiv und transparent zu handhaben. Eine Fixierung auf Waffenlieferungen verlängert diesen Krieg und führt auf beiden Seiten zu tausenden Toten und Verletzten.

Daher ist der Schwerpunkt auf diplomatische Lösungen zu legen, um zunächst einen schnellen Waffenstillstand zu vereinbaren. Eine einseitige Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien „Sieg“ oder „Niederlage“ ist der falsche Weg. [...]

Eine dauerhafte Steigerung des Etats für Rüstung und Verteidigung auf ein willkürlich erscheinendes, an konjunkturelle Entwicklungen gekoppeltes Zwei-Prozent-Ziel oder gar darüber hinaus lehnen wir ab. Vielmehr muss sich der Verteidigungshaushalt danach bemessen, was zur Erfüllung der Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist. Zudem sind die Mittel und Anstrengungen für zivile Konfliktprävention und Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu erhöhen.

+++ aktiv gegen krieg +++



Helga Schwitzer ehem. geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Wir erleben aktuell an zwei Fronten eine kriegerische Auseinandersetzung, die furchtbares Leid über die Menschen bringt, mit zigtausend Toten und Verletzten. Dazu kommen Zerstörungen der gesamten Infrastruktur, der Lebensgrundlagen der Bevölkerung, Flucht und Vertreibung für zigtausende Menschen. Die Eskalationsspirale muss gestoppt werden, um endlich über Waffenstillstände zu Friedensverhandlungen zu kommen. Krieg darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Milliarden fließen in die Aufrüstung, statt den Sozialstaat und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Demokratie zu stärken. Für mich ist es wichtig, Zeichen zu setzen, deshalb nehme ich an der Friedens-Demonstration am 25. November in Berlin teil.



Sahra Wagenknecht MdB

Rekordsummen an Steuergeld für Rüstung und Kriege, während für Schulen, Pflegekräfte oder die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum kaum Geld bleibt: Diese Politik zerstört unser Land, wenn wir sie nicht gemeinsam stoppen. Statt mit Waffenexporten Kriege und Konflikte zu befeuern, muss die Ampel sich endlich für Frieden und Entspannung stark machen! Ich hoffe, dass viele Menschen am 25. November in Berlin ein Zeichen setzen – für Abrüstung und Diplomatie und gegen eine Regierung, die fast jeden fünften Euro für Waffen verschwenden will. Wir können und wollen uns diese Politik nicht mehr leisten!



Eugen Drewermann Theologe

Lohnt der Friede, auch wenn er in dieser Welt scheinbar ‚utopisch‘ ist, weil er keinen Ort auf Erden im Verwaltungsgebiet der Macht-haber haben soll, ein derartiges Opfer? Ist er das Wert: das eigene Leben? Die Frage ist falsch gestellt. Sie lautet eigentlich: Kannst du, willst du wirklich mit dem Krieg weiterleben? Kein Staat der Erde hat das Recht, die Worte außer Kraft zu setzen, die Gott uns in das Herz geschrieben hat und die ganz einfach und kategorisch sagen: Du sollst nicht töten. „Wir weigern uns, mit unseren Herrschern zusammenzuarbeiten, wenn sie unsere Lebensinteressen gefährden. Das ist passiver Widerstand“ (Gandhi)



Gregor Gysi MdB DIE LINKE

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine wird unvermindert fortgesetzt, Hunderttausende Menschen sind getötet oder verletzt worden, Millionen sind weiterhin auf der Flucht, ohne dass es ernsthafte Anzeichen gibt, dass dieser Krieg militärisch entschieden werden könnte. Die Frage, wie das Grauen dieses Krieges beendet werden kann, treibt unsere ganze Bevölkerung um. Mit der Demonstration machen wir uns dafür stark, zu Deeskalation, Abrüstung, Interessenausgleich, viel mehr Diplomatie und strikter Wahrung des Völkerrechts durch alle Seiten zurückkehren. Wir brauchen einen sofortigen Waffenstillstand und anschließend Friedensverhandlungen.



Michael Müller Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands e.V.

Der Ukrainekrieg droht zu einem Krieg bis zur Erschöpfung zu werden. Und er geht in erster Linie zu Lasten der sozial schwachen Bevölkerung - nicht nur in der Ukraine, sondern auch bei den russischen Soldaten, die oftmals aus Regionen stammen, wo das monatliche Einkommen bei nur 200 Euro liegt. Wir sagen NEIN zu Waffenlieferungen, die Eskalation des Krieges muss gestoppt werden.

Wir sagen JA zu einer Friedensdiplomatie, zu der auch Verzicht auf einen Nato-Beitritt der Ukraine gehört. Wir müssen die Gräben überwinden, statt sie zu vertiefen. Überall in der Welt, auch im Nahen Osten. Krieg ist immer falsch, eine Verletzung der Humanität, des Völkerrechts und der Vernunft. Unsere Welt braucht eine Gemeinsame Sicherheit, zu der Abrüstung und Rüstungskontrolle und Zusammenarbeit gehören, sofort! Die Vereinten Nationen haben dazu die Vorgaben gemacht: Nord-Süd-Solidarität, Gemeinsame Sicherheit und Nachhaltigkeit. Das gehört zusammen und ist die Chance auf eine gute Zukunft der Menschheit.

+++ engagiert für den friedem +++

UNO-Funktionär: „Völkermord vor unseren Augen“

Craig Mokhiber hat seit 1992 für die UNO gearbeitet und war Direktor im New Yorker Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR). Mit Schreiben vom 28.10.2023 erklärte er seinen Rücktritt von dieser Funktion. Nachfolgend einige Auszüge aus seinem umfangreichen Schreiben (Deutsche Übersetzung von Susanne Hofmann auf den Nachdenkseiten vom 2.11.2023).

Wieder einmal sehen wir, wie sich vor unseren Augen ein Völkermord vollzieht, und die Organisation, der wir dienen, scheint machtlos, ihn aufzuhalten. Für mich als jemand, der sich seit den 1980er Jahren intensiv mit den Menschenrechten in Palästina befasst hat, der in den 1990er Jahren als Menschenrechtsberater in Gaza gelebt hat und der davor und danach mehrmals im Dienste der Menschenrechte in diesem Land war, hat das eine tiefe persönliche Bedeutung.

Ich habe in diesen Räumen der Vereinten Nationen auch während der Völkermorde an den Tutsi, an bosnischen Muslimen, an den Jesiden und an den Rohingya

gearbeitet. In jedem dieser Fälle wurde es, nachdem sich der Staub auf die, gegen die wehrlose Zivilbevölkerung gerichteten, Schrecken gelegt hatte, schmerzhaft deutlich, dass wir in unserer Pflicht versagt hatten – unserer Pflicht, massenhaft begangene Gräueltaten zu verhindern, die Schwachen zu schützen und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Genauso verhielt es sich mit den sukzessiven Wellen von Mord und Verfolgung von Palästinensern während der gesamten Zeit des Bestehens der Vereinten Nationen.

Herr Hochkommissar, wir versagen soeben erneut.

Als Menschenrechtsanwalt mit mehr als drei Jahrzehnten Erfahrung auf diesem Gebiet ist mir geläufig, dass das Konzept des Genozids oft politisch missbraucht wurde. Doch das Blutbad, das aktuell an den Palästinensern verübt wird, welches in einer ethno-nationalistischen, kolonialen Siedlermentalität wurzelt und die Fortsetzung ihrer jahrzehntelangen systematischen Vertreibung und ethnischen Säuberung darstellt, die allein auf ihrem Status als Araber beruht und die mit expliziten Absichtserklärungen führender Mitglieder

der israelischen Regierung und des israelischen Militärs einhergeht, lässt keinen Spielraum für Zweifel oder Diskussionen. In Gaza werden Wohnhäuser, Schulen, Kirchen, Moscheen und medizinische Einrichtungen mutwillig angegriffen und tausende Zivilisten massakriert. In der Westbank inklusive dem besetzten Jerusalem werden Häuser beschlagnahmt und neu zugewiesen, rein nach rassistischen Kriterien, und brutale Pogrome durch Siedler werden von israelischen Militäreinheiten begleitet. Im ganzen Land herrscht Apartheid.

Dies hier ist ein Paradebeispiel für Völkermord. Die letzte Phase des europäischen, ethno-nationalistischen Siedler-Kolonialprojekts in Palästina hat begonnen, es geht um die Auslöschung der verbliebenen Überreste ursprünglichen palästinensischen Lebens in Palästina. Dazu kommt, dass die Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und eines Großteils von Europa an diesem abscheulichen Angriff mitwirken. Diese Regierungen halten nicht nur nicht ihre vertraglichen Verpflichtungen zur „Einhaltung“ der Genfer Konventionen ein. Sie steuern für

den Angriff auch noch aktiv Waffen bei, stellen wirtschaftliche und geheimdienstliche Unterstützung bereit und gewähren politische und diplomatische Deckung für Israels Gräueltaten.

Im Einklang damit stehen die westlichen Konzernmedien, zunehmend vereinnahmt und staatsnah, im offenen Widerspruch zu Artikel 20 des UN-Zivilpakts, indem sie die Palästinenser fortwährend entmenslichen und damit den Völkermord ermöglichen und Kriegspropaganda verbreiten sowie nationalen, rassistischen oder religiösen Hass verbreiten, welcher Diskriminierung, Feindseligkeit und Gewalt befeuert. Wir können viel lernen von der Grundhaltung, die in den vergangenen Tagen in Städten weltweit zu sehen ist, in denen Menschen massenhaft gegen Völkermord aufstehen, selbst wenn ihnen Schläge und Festnahme drohen. Palästinenser und ihre Verbündeten, Menschenrechtsvertef-ter jeder Couleur, christliche und muslimische Organisationen und progressive jüdische Stimmen, die sagen: „Nicht in unserem Namen“, weisen uns den Weg. Wir müssen ihnen nur folgen. [...]

Ich sehe zehn wichtige Punkte. [...] Klarheit der Vision: Wir müssen mit dem Vorwand aufhören, dass es sich lediglich um einen Konflikt um Land oder Religion zwischen zwei Kriegsparteien handelt, und die Realität der Situation anerkennen, dass nämlich ein unverhältnismäßig mächtiger Staat eine indigene Bevölkerung aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit kolonisiert, verfolgt und enteignet.

[...] Abrüstung: Wir müssen für die Beseitigung und Zerstörung von Israels riesigen Beständen an atomaren, chemischen und biologischen Waffen einstehen, damit der Konflikt nicht zur Auslöschung der Region und möglicherweise noch darüber hinaus führt.

[...] Vermittlung: Wir müssen anerkennen, dass die USA und andere westliche Mächte keine glaubwürdigen Vermittler, sondern vielmehr selbst Konfliktparteien sind, die zusammen mit Israel eine Mitschuld an der Verletzung der Rechte der Palästinenser tragen, und wir müssen entsprechend mit ihnen umgehen.



Website „Kooperation für den Frieden“

Die Hälfte der Menschen in Gaza sind Kinder

Wiltrud Rösch-Metzler, Pax Christi

Nach dem Massaker der Hamas und des Islamischen Jihads an israelischen Zivilist:innen, hat die israelische Regierung die Versorgung des Gazastreifens mit Waren, Wasser, Strom und Öl gekappt und Einwohner:innen aufgefordert, ihre Häuser zu verlassen und sich in Richtung ägyptischer Grenze zu begeben. Viele finden kein Dach über dem Kopf, Wasser und Diesel gehen zur Neige, Sicherheit vor israelischen Bombardierungen gibt es trotzdem nicht. Hilfswerke warnen vor einer vorhersehbaren humanitären Katastrophe.

Sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen sowie Freilassung der Geiseln

Zusammen mit UN-Organisationen fordern NGOs einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen sowie die Freilassung der Geiseln. „Der Befehl der israelischen Armee an die Menschen, den nördlichen Gazastreifen und Gaza-Stadt zu verlassen... kann einer Zwangsvertreibung der Zivilbevölkerung gleichkommen, was eine Verletzung des humanitären Völkerrechts darstellt“, hat amnesty international erklärt. Die Hälfte der in Gaza lebenden Menschen sind Kinder. Die 1,1 Millionen Kinder in Gaza sind nicht für den Krieg verantwortlich.

„Die Lebenslage der Zivilbevölkerung in Gaza muss dringend verbessert werden“, heißt es in einer Bundtagsresolution von CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von 2010. Damals hatte die israelische Abriegelung des Gaza-Streifens drei Jahre bestanden. Das Parlament forderte damals, „die unmittelbare, bedingungslose und dauerhafte Öffnung von Zugängen zu Gaza für den Verkehr von humanitärer Hilfe, kommerziellen Gütern und Personen nach und aus Gaza.“ Erinnern wir die Parlamentarier:innen an ihre Resolution! Viele Menschen in Deutschland fragen sich derzeit, wie sie helfen können. Im Folgenden einige Vorschläge:

- Bitte lies die Stellungnahmen aus Israel, Palästina und aus der deutschen Friedensbewegung, die die Kooperation für den Frieden zusammengestellt hat: <http://www.koop-frieden.de/mitgefuehlfuer-die-vielen-opfer-israel-und-palaestina>
- Teile die Beiträge (auch QR-Code) per E-Mail oder in den sozialen Netzwerken.
- Wende dich an die Medien, schreibe Leserbriefe im Sinne der obigen Stellungnahmen.
- Rufe Redakteur:innen und Journalist:innen an und versorge sie mit Informationen.
- Wende dich an deine lokalen Medien und empfehle palästinensische Stimmen beispielsweise aus den Kirchen, aus dem Gesundheitsbereich und aus Menschenrechtsorganisationen.

- Spende an vertrauenswürdige Organisationen, die im besetzten Gaza arbeiten, wie z.B. UNICEF.
- Mobilisiere dein Umfeld, deine Gemeinde und Politiker:innen, die in deinem Wahlkreis zuständig sind, für einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza.
- Nimm an Mahnwachen, Friedensgebeten und Demonstrationen in deiner Stadt teil. Falls du rechtliche Unterstützung benötigst, weil deine Aktion eingeschränkt wird, nimm Kontakt auf zu ELSC <http://elsc.support/intake>